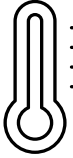


Für eine erfolgreiche Wärmewende

Stellungnahme der Saargrünen zum Wärmeplanungsgesetz (WPUG)

von Jeanne Dillschneider, Volker Morbe, Hanko Zachow, Winfried Anslinger und Margret Stragand



Die Saargrünen begrüßen die Gesetzesinitiative der Landesregierung zur Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes der Bundesregierung. Der **Wärmesektor** ist der bislang **am meisten vernachlässigte Bereich der Energiewende**, was zum einen an der Komplexität der **technologischen Herausforderung** und einer **Kleinräumigkeit der Planungshorizonte** liegt („Königsdisziplin der Energiewende“), zum anderen auch an politischer Entscheidungsschwäche auf allen Ebenen.

Kompetenzlücken bei den Kommunen schließen

Das Vorhaben der Landesregierung kann nur zum Erfolg führen, wenn es gelingt, **lokale Besonderheiten** zu **berücksichtigen** und **regionale wie technische Synergien** zu **nutzen**. Daher ist die **Delegation der Planungsverantwortung an die Kommunen** der richtige Ansatz. Allerdings muss man sich der Tatsache stellen, dass die meisten Kommunen weder personell noch fachlich in der Lage sind, diese zugewiesene Aufgabe zu bewältigen. Viele haben nicht einmal eigene Gemeindewerke. Auch das Land wird diese **Kompetenzlücke** nicht füllen können. Das **Fehlen einer saarländischen Klimaschutzagentur** macht sich hier sehr bemerkbar. Die Gründung einer solchen Einrichtung hätte in diesem Kontext adressiert werden müssen.

Land muss kommunale Wärmewende stärker unterstützen

Nach Bundesgesetz trägt das **Land** die **Letztverantwortung für das Gelingen der Wärmewende**. Eine Überforderung der Kommunen würde die Erreichung der Klimaziele und damit die Verpflichtung des Landes konterkarieren. Daher muss das Land stärker die Kommunen unterstützen, als im Entwurf bisher vorgesehen.

Kosten- und Investitionsplanung offenlegen

Im vorgelegten Entwurf **fehlt die verpflichtende Übernahme aller zusätzlich verursachten Personal- und Sachkosten**. Insofern gibt der zugesagte Belastungsausgleich **keine Garantie für eine kostenneutrale Durchführung**.

Im vorgelegten Entwurf werden nur kurzfristige Vorhaben angesprochen, u.z. Planungskosten für die Jahre 2024/25. Es **fehlen Aussagen über daraus folgende mittel- und langfristige Investitionsmaßnahmen**, die wesentlich höhere Kosten verursachen werden und die nicht in allen Fällen ihre Kapitalkosten wieder vollkommen einspielen können. So entsteht der **Eindruck eines Fahrens auf Sicht**, was der Größe und

Komplexität der Aufgabe nicht gerecht wird. **Über die Dotierung der einleitenden Planungsmaßnahmen** aus dem Sondervermögen Zukunftssicherung in Höhe von 2,3 Mill. € hinaus gibt es **keinerlei Aussagen**.

Überkommunale Zusammenarbeit anregen

Es existieren **viele Themen, die den Zuständigkeitsbereich einer Einzelkommune übersteigen**. Das gilt für die **Dekarbonisierung der Fernwärmeschiene Saar** ebenso wie für Projekte zur Nutzung von **Tiefengeothermie**, die sich nur im Verbund mehrerer Gemeinden wirtschaftlich darstellen lassen. Aber auch für Vorhaben mit **Sektorenkopplung** und übergeordnete Themenbereiche wie z. B. den **Aufbau eines Ladenetzes für E-Fahrzeuge** und die **Planung großer Wind- und PV-Parks**.

Datengrundlage für bessere Auswertbarkeit schaffen

In **Gemeinden unter 10 000 Einwohnern** wird von einer ordnungsgemäßen Wärmeplanung abgesehen. Für deren **Wärmeplanung** wird ein „**vereinfachtes Verfahren**“ ermöglicht, bei dem im Planungsprozess von der Erhebung wesentlicher Parameter abgesehen werden kann. Es fragt sich, wie eine seriöse Erhebung von **Dekarbonisierungserfolgen** nachgewiesen werden soll, wenn **weder Daten** über Verbräuche, aktuelle Emissionen, Eignungsstufen, Gebäudetypen und Altersklassen **erhoben** werden, **noch** eine ordentliche **Bilanzierung vorgenommen** wird. Von daher verwundert es nicht, wenn von vornherein auf Zielszenarien verzichtet wird. Was man nicht weiß, kann die Bilanz am Ende nicht trüben. Dies steht im Gegensatz zur Regelung im Wärmeplanungsgesetz des Bundes. Weiterhin kann in diesen Fällen auf Bürgerbeteiligung verzichtet werden. Das leuchtet nicht ein. Es geht hier um 15 Gemeinden mit bedeutender Flächenkulisse, und die Zeit zur Implementierung von Wärmeplanung ist in diesen Kommunen wesentlich länger.

Landesweiten Solarkataster implementieren

Die vorgesehene Einführung eines landesweiten Solarkatasters wäre sehr hilfreich, weil hiermit **Potenziale erkennbar würden, die bisher nicht sichtbar** sind. Dafür werden die bisher eingestellten Mittel aber nicht ausreichen und es fehlt ein verbindlicher Zeitpunkt für die Implementierung.

Fazit

Der Gesetzentwurf ist insgesamt zu begrüßen. Um die Ziele zu erreichen, fehlen jedoch noch wichtige Leitplanken.

Jeanne Dillschneider ist Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Volker Morbe ist Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Hanko Zachow ist politischer Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Winfried Anslinger und **Margret Stragand** sind Sprecherinnen der LAG Energie.



www.gruene-saar.de
presse@gruene-saar.de